

Was können wir in Europa tun,
damit Europa dazu beiträgt, dass in regionalen Kriegsgebieten
Frieden entsteht,
und so die Kriegs-Gefahr zwischen West und Ost verringert wird,
um Frieden in der Welt zu schaffen?

Müssen wir, die Europäer, uns diese Frage in der gegenwärtigen Krisensituation
zwischen West und Ost nicht stellen und zu beantworten versuchen?

In Syrien, der Ukraine, dem Jemen und in vielen anderen Gebieten herrschen Kriege und Konflikte, in die nicht nur regionale Mächte sondern auch die Weltmächte mit beteiligt sind. Ihre Ursachen liegen letztlich in einem uneingeschränkten Egoismus, der in der privatkapitalistischen Ideologie zur gesellschaftstheoretischen Grundlage für die bestehende Weltordnung geworden ist. Diese bewirkt die globale Ungerechtigkeit und deren Folgen. Nationalismus als Reaktion gegen die globale Geldherrschaft führt zusätzlich zu Konflikten und zur weiteren Unterdrückung der Schwachen. Er verursachte die beiden Weltkriege.

Die Friedensinitiative, die hier versucht, Vorschläge zur Beantwortung der beiden Frage in eine öffentliche Debatte einzubringen, will damit einen Beitrag zum gegenwärtig stärker werdenden Friedensimpuls leisten.

Sie hat sich ab Januar 2017 nach einer Arbeitskonferenz des Achberger Instituts herausgebildet. Deren Thema war: Zeitforderungen 2017: Europa - quo vadis?
(mehr: <http://www.kulturzentrum-achberg.de/tagung/weihnachten-2016-17>)

Sie stützt ihre Tätigkeit auf den Ergebnissen, die aus der über 40-jährigen sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Sozialgestaltungstätigkeit des Instituts im Internationalen Kulturzentrum Achberg (INKA)* gewonnen werden konnten.

Dieser Friedensimpuls lebt in vielen Menschen als stärker werdende Sehnsucht. Darin drückt sich Ihr Wille aus, Frieden zu schaffen. Und bei zunehmend mehr Menschen führt er dazu, dass sie sich organisiert beteiligen. Sie engagieren sich in unterschiedlichen Initiativen, Organisationen und deren Bündnisse für den Frieden. Zu den seit langem bestehenden Initiativen und Organisationen, bildenden sich jetzt auch neue heraus.
(Z.B. seit 1994: www.friedensratschlag.de / – neu ab 2015: <https://internationale-friedenspolitik.org>)

Denn diese Menschen wissen oder empfinden zumindest, dass ein großer Krieg zwischen den USA und Russland verheerende Folgen für Europa hätte, wenn dort Atomsprengköpfe (auch in geringer Zahl) zum Einsatz kommen. Deutschland ist als Nato-Mitglied beistandspflichtig. Es sind dort auch Atomsprengköpfe stationiert (zumindest auf einer US-Basis – genaueres ist aber nicht bekannt, weil es ein militärisches Geheimnis der USA ist).

Am Beispiel des Krieges in der Ukraine kann folgendes gezeigt werden.

Bei einem Krieg zwischen Russland und der US-geführten Nato, der eintreten könnte, wenn Nato-Truppen die Krim besetzen, um angeblich das Völkerrecht wieder herzustellen, müsste Russland besonders die Atomsprengköpfe und Kommandozentralen der USA in Deutschland aus Gründen der Selbstverteidigung mit einem Erstschlag vernichten. Denn Russland muss die Vernichtung eigener Atomwaffenarsenale und Kommandozentralen durch die europäischen Mittelstreckenraketen, die in wenigen Minuten Ziele in Russland erreichen können, verhindern, um ein atomares Patt bei den Interkontinentalraketen und Fernbomben mit den USA herzustellen.

Putin wird nicht zögern, Russland mit einem atomaren Erstschlag zu verteidigen, wenn z.B. die Gefahr droht, dass der russische Marinestützpunkt auf der Krim verloren geht.

Warum jedoch verbreitet der größte Teil der westlichen Medien trotz der Kriegsgefahr - fast ausschließlich - die kriegstreiberischen Sprachregelungen, die die Nato-Institutionen vereinbart und andere westlich dominierte Organisationen übernommen haben, meist unüberprüft, kaum hinterfragt, obwohl sie weitgehend einseitig, also unkritisch im parteiischen Sinne sind?

Im Zentrum dieser kriegstreiberischen Sprachregelungen **steht die unzutreffende Behauptung, dass die Krim von Russland annektiert wurde.**

Dient diese Behauptung der Vorbereitung zum Krieg? Und wenn ja, wie können wir – die Frieden wollen - der damit beabsichtigten Stimmungsmache, die in den Menschen eine Kriegsbereitschaft bewirken soll, entgegenwirken?

Wenn wir uns davon überzeugen können, dass die Behauptung unzutreffend ist, wäre es ein erster Schritt hin zum Erhalt des Friedens, wenn die Wahrheit verbreitet wird: **Es gab keine „Annexion der Krim“ durch Russland!**

Die unwahre Behauptung, dass die Krim von Russland annektiert wurde, ist die Aussage, die weiteres begründet. Sie soll viele abgeleitete Aussagen, die beschlossenen Sanktionen und weitere Maßnahmen legitimieren, sowie feindselige Gefühle bewirken.

Gibt es eine begründete, seriöse Darstellung, dass die Krim nicht von Russland annektiert wurde?

Wenn es wenigstens eine gibt, sollte diese in breiter Öffentlichkeit gleichberechtigt neben die meist verbreitete Sprachregelung der westlichen Institutionen gestellt werden, damit sie auch von allen wahrgenommen und geprüft werden kann. Das sollte uns die Verhinderung einer Stimmungsmache zur Kriegsbereitschaft wert sein.

Der fachkundige Beitrag des Juristen Reinhard Merkel „Die Krim und das Völkerrecht“ leistet meiner Ansicht nach eine solche begründete Darstellung. Erschienen ist der Artikel am 07.04.2014 in der seriösen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Er stellt uns die Abläufe in der Ukraine so dar, wie sie sich ab Februar 2014 ereigneten und von den Medien in dieser Zeit - noch wenig verfälscht - dargestellt wurden. So frischt er auch die eigenen Erinnerungen an Berichte ab Februar 2014 auf.

„Sezession, Referendum, Beitritt ist etwas anderes als Annexion“

So lautet die Überschrift eines Kapitels seines Artikels. Darin beschreibt Merkel was im Völkerrecht Annexion bedeutet und was die Folge einer Annexion ist wie folgt: „Annexion“ löst „nach Artikel 51 der UN-Charta Befugnisse zur militärischen Notwehr des Angegriffenen und zur Nothilfe seitens dritter Staaten aus - Erlaubnisse zum Krieg auch ohne Billigung durch den Weltsicherheitsrat. Schon diese Überlegung sollte den freihändigen Umgang mit dem Prädikat ‚Annexion‘ ein wenig disziplinieren.“

Eine Deutung des Artikels 51 hat sich der Westen angeeignet, schreibt Merkel. Und weiter: „Aber das ist Propaganda. Was auf der Krim stattgefunden hat, war etwas anderes: eine Sezession, die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit, bestätigt von einem Referendum, das die Abspaltung von der Ukraine billigte. Ihm folgte der Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation, den Moskau annahm. Sezession, Referendum und Beitritt schließen eine Annexion aus, und zwar selbst dann, wenn alle drei völkerrechtswidrig gewesen sein sollten. Der Unterschied zur Annexion, den sie markieren, ist ungefähr der zwischen Wegnehmen und Annehmen. Auch wenn ein Geber, hier die De-facto-Regierung der Krim, rechtswidrig handelt, macht er den Annehmenden nicht zum Wegnehmer. Man mag ja die ganze Transaktion aus Rechtsgründen für nichtig halten. Das macht sie dennoch nicht zur Annexion, zur räuberischen Landnahme mittels Gewalt, einem völkerrechtlichen Titel zum Krieg.“

Ohne Zweifel geschah das - wegen der drohenden Kriegsgefahr - alles in viel zu großer Eile (ähnlich wie bei der vom Westen erzwungenen Sezession und Anerkennung des Kosovo). Deshalb sollten auf der Krim diese Vorgänge in ruhigeren Zeiten zur Beilegung der bestehenden, den Konflikt erhaltenden Zweifel in einem angemessenen Zeitraum unter internationaler Beobachtung wiederholt werden. Ein Zeitraum, wie er z.B. in Großbritannien beim Sezessions-Referendum der Schotten am 8.9.2014 gegeben war, scheint mir als

angemessen. Bis dies möglich wird, sollte auf keinen Fall versucht werden, die bestehende Situation durch militärische Gewalt zu verändern.

Wegen der Kriegsschuld Deutschlands, sollten besonders deutsche Truppen weder in russisches Staats- noch Kulturgebiet einmarschieren (auch nicht gemeinsam mit der Nato).

Keine Nato-Truppen dürfen auf die Krim oder in die Ostukraine!

Dies sollte eine praktische Forderung einer großen europäischen Friedensbewegung sein. Ebenso: Keine Sanktionen gegen die Krimbevölkerung als Straffaktion wegen ihrem Abstimmungsverhalten. Und: Keine 2% Rüstungsausgaben!

Ziel sollte ein Assoziationsvertrag zwischen EU und Eurasischer Union sein. Er würde den neu entstehenden West-Ost Konflikt, der den Weltfrieden bedroht, sehr schnell beenden.

Die Ukraine hätte eine Brückenfunktion. Dazu müsste sie ein föderativ differenziertes, autonomes Kulturleben in ihren Regionen verwirklichen. Ebenso eine regionale Justiz und Innenpolitik, in der echte, komplementäre Demokratie lebt (wie in den Bundesländern der BRD). Auch die Vereinbarungen von Minsk II fordern die Föderalisierung. Zuerst müsste die ukrainische Armee zurück in die Kasernen. Danach muss eine neue Verfassung schnell eine dezentralisierte Ukraine konstituieren. Die Verfassung kann aber wegen der ungleichen Bevölkerungsgröße in der West- und Ostukraine nicht (nur) durch eine Mehrheitsentscheidung aller Ukrainer rechtsverbindlich werden. Das wird sie erst dann sein können, wenn sie – unter internationaler Aufsicht - in jeder Region die Mehrheit bekommt. Denn in Folge der Kriegshandlungen kann kein Vertrauen zwischen den verfeindeten Regionen entstehen. Erst wenn jede Region der Verfassung zustimmt, wird Frieden entstehen können.

Solche Ideen, wie die föderale Entflechtung, damit die Regionen sich kulturell selbst bestimmen, und echte Demokratie, die grundsätzliche Bedingungen für den Frieden sind, müsste eine europäische Friedensbewegung versuchen, bekannt zu machen.

Genügt das, um die entstandenen Spannungen zwischen den Großmächten aufzulösen, ihr Drohpotential abzubauen und so den Weltfrieden zu erhalten?

Wir benötigen Verbündete aus der Zivilgesellschaft.

Damit ein Föderalismus kulturell autonomer Regionen als Verfassungsrecht in der Ukraine und anderen Kriegs- und Konfliktgebieten realisiert werden kann, sollte eine Bewegung für ein sich selbstbestimmendes Bildungs- und Kulturleben in Europa, das von Staats- und Geldmacht befreit ist, sich mit diesem Ziel auch für einen Frieden ermöglichenden Föderalismus in Kriegsgebiete wie der Ukraine engagieren.

Mittelfristig ist der von der Demokratiebewegung*³ vorgelegte, dreistufige Verfahrensvorschlag für mehr Demokratie ein Frieden ermöglichender und sichernder Gestaltungsvorschlag. Ohne Frieden, der gegenwärtig so bedroht ist, wird die bisher so unvollkommene Demokratie nicht weiterentwickelt werden können. Deshalb ist das Friedensengagement „ein muss“ für Bewegungen, die sich für die Realisierung wirklicher Freiheit und echter, komplementärer Demokratie einsetzen, damit die parlamentarische Gesetzgebung durch ein Volks-Abstimmungsverfahren sinnvoll ergänzt wird.

Und langfristig benötigt ein dauerhafter Frieden - anstelle der bestehenden egoistischen Standortpolitik der Nationalstaaten - solche inner- und zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Geldgesetze, die eine gerechte, global-solidarische Verteilung der Güter bewirken, die vom integralen Weltwirtschaftsorganismus erzeugt werden.

Wirtschafts- und Geldgesetze sind Ergebnisse von politischen Entscheidungen. Für diese tragen wir in demokratischen Staaten alle die Verantwortung. Die Gesamtheit der mündigen Menschen ist der Souverän, also die höchste politische Entscheidungsinstanz. Für unsere gemeinsam getroffenen politischen Entscheidungen und die der Parlamente, die wir gewählt haben, sind wir verantwortlich. Auch für die Handlungen der exekutiven Organe, der staatlichen Verwaltung und Sicherheitsorgane. Das in Deutschland das Volk der Souverän ist, ist durch den Artikel 20,2 des Grundgesetzes Verfassungsrecht. Will Europa demokratischer werden, müssen die Europäer sich eine dementsprechende Verfassung geben, die das Recht enthält, dass sie neben der Wahl des EU-Parlaments, über ihre Rechte - gemäß einem Volksabstimmungsverfahren in drei Schritten - selbst abstimmen können.

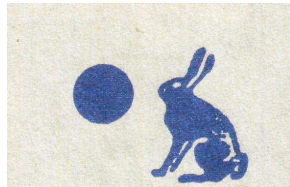
Dem Wesen nach kann nur das gemeint sein, wenn davon gesprochen wird, dass Deutschland mehr Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen soll.

Wir dürfen keinesfalls akzeptieren, was von Deutschland - und in Bezug auf das militärische Potential von West-Europa - oft konkret gefordert wird, wenn es heißt, wir sollen Verantwortung übernehmen. Die EU sollte sich weigern, militärisch aufzurüsten! Sie kann sich nicht selbst verteidigen und sollte sich nicht verstärkt an der bewaffneten Niederschlagung der Aufstände in der Welt beteiligen. Gegen die großen Atommächte kann sie sich nicht verteidigen! Sie sollte die Frieden ermöglichende Brücke zwischen diesen bilden.

Besonders die globale Wirtschafts- und Geldordnung führt zur ungerechten Verteilung der gemeinsam geschaffenen Güter. Sie bewirkt Hunger, Armut und daraus entstehende Krankheiten. Sie schafft Ungerechtigkeit, die Gewalt in den unterentwickelt gehaltenen Staaten bis hin zu Bürgerkriegen erzeugt, weil die Kriegsgewinner in den Staaten, in denen der Hunger herrscht, mehr von dem abbekommen wollen, was die Industriestaaten ihnen (als Krümel) vom gemeinsam erzeugten Weltwirtschaftsprodukt (dem „Kuchen“) übrig lassen. Und diese - Ungerechtigkeit erzeugende - Ordnung schafft damit Bedingungen, die auch zu Kriege zwischen diesen Staaten führen, deren Grenzen nach dem 1. Weltkrieg besonders im Nahen Osten und später in Afrika und in anderen Teilen des britischen Weltreiches oft durch die westlichen Kolonialmächte geschaffen wurden. Das in diesen Staaten Regierungen (meist diktatorisch) herrschen, die keinen Widerstand gegen die vom Westen geschaffene globale Wirtschafts- und Geldordnung leisten, wird oft erzwungen durch Regime Changes - die nicht selten von den Geheimdienstaktivitäten der USA bewirkt werden - oder durch Furcht vor solchen.

Die globale Wirtschafts- und Geldordnung zwingt auch zur Standortpolitik. Die Nationalstaaten müssen die auf ihrem Territorium produzierenden Unternehmen unterstützen, damit sie im globalen Verdrängungswettbewerb nicht untergehen, also dass Arbeitsplätze, Einkommen und Steuereinnahmen erhalten bleiben. Das gilt auch für den Standort Europa. Die global agierenden Unternehmen, die den gesetzlichen Rahmenbedingungen der EU unterworfen sind, konkurrieren im ständig stattfindenden Vernichtungswettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen um Marktbeherrschung. Die USA ist bestrebt, den starken ökonomischen Konkurrent EU zu schwächen. Diese muss u.a. die Folgen der Flüchtlingsströme und der Sanktionen gegen Russland verkraften, die - wie der Ukraine Konflikt - durch die US-Geostrategie bewirkt werden. Gestärkt werden dadurch in Europa vor allem die nationalistischen Kräfte. Die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten wird dadurch geschwächt. Damit die Solidarität stärker werden kann, muss der Nationalismus geschwächt werden. Nationalismus ist kollektiver Egoismus eines Staates. Z.B.: "USA first".

Nach dem Motto „Gesundung der Welt - mit frischem Geld“ strebt das Achberger Geldschöpfungs-Projekt (mit dem Namen „Kredit-Initiative“)** eine zeitgemäße Geld- und Unternehmensordnung an. Diese soll ein ersten Schritt werden zu einer globalen Solidarität. Solidarität zwischen den Menschen wird auch durch ein bedingungsloses Grundeinkommen bewirkt. Insofern ist ein gesichertes Einkommen für alle auch friedensstiftend.



Frieden mit dem Hasen von Beuys.

Die Achberger Friedens-Initiative will Ideen, die in der Zivilgesellschaft leben, in die Friedensbewegung und mit ihr in einen breiten öffentlichen Diskurs einbringen, um Bedingungen für den Weltfrieden möglichst vielen gutgesinnten Menschen bewusst zu machen.

* <http://www.kulturzentrum-achberg.de/> Siehe dort den Essay: Der Achberger Impuls

** <http://www.europe2019.net/>

*³ www.mehr-demokratie.de/ - www.omnibus.org/ - www.democracy-international.org/de

Für die Achberger Friedens-Initiative: Herbert Schliffka

Ein Entwurf von Juli 2017 - E-Mail: herbert.schliffka@web.de